

## Europa im Gegenwind

Ein Jahr nach den Europawahlen erlebt die EU die tiefste Krise seit ihrem Bestehen. Schuldzuweisungen prägen die Reden der Regierenden, kaum jedoch Reflexionen über die eigene Unfähigkeit, im Interesse der Gemeinschaft auf nationale Vorteile zu verzichten und in der europäischen, gemeinschaftlichen Dimension zu handeln. Wen wundert da noch eine Stimmungslage bei den Menschen, die von Ängsten und Befürchtungen geprägt ist.

Leicht gerät aus dem Blick, dass der Weg der europäischen Einigung eine einzigartige Erfolgsgeschichte ist. Nach den schrecklichen Erfahrungen der Weltkriege brachten ehemals tief verfeindete Völker die Kraft zur Versöhnung und zur Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung auf. Diese Friedensordnung wuchs in einem Raum der politischen Freiheit, der den Menschen in einem bisher nicht gekannten Maß Sicherheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit brachte. Soll das alles aufs Spiel gesetzt werden?

Europa ist mehr als ein Markt. Es ist ein politisches Projekt mit dem Ziel der Integration. Schon die Mütter und Väter der Römischen Verträge wollten den Grundstein legen für einen "immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker". Offenbar ist das einigen Regierenden nicht mehr bewusst. Vielleicht auch vielen Regierten. Gefährlich wäre es, wenn die Krise zu einer Frustration führte, die sich ganz allgemein gegen "Europa", gegen die Politik der Integration, gegen die politische Klasse, gegen die Institutionen und zuletzt auch gegen die, mit denen wir Europa bauen wollen, gegen unsere Mit-Europäer richtete.

Aber die Europäische Idee lebt. Als Indikator möge die Verzichtsbereitschaft der mittelosteuropäischen Staats- und Regierungschefs gelten. Vielleicht ist diese beschämende Lektion, die die neuen und armen den alten und reichen Mitgliedstaaten erteilten, ein Hoffnungszeichen, das von dieser Krise ausgeht.

*Stefan Vesper*

11. Jg. Nr. 3 30. Juni 2005

## Inhalt

### Ermutigung zum Engagment

Katholiken im politischen Leben  
Stefan Vesper 2

### Zukunftsthema mit Tradition

Eigenständige Alterssicherung von Frauen  
Magdalena Bogner 3

### Partnerschaft als lebenslange Gestaltungsaufgabe

Familienpolitische Herausforderung zwischen Elternschaft und Partnerschaft  
Thomas Rauschenbach 4

### Authentizität ist unverzichtbar

Zur Zukunft des Religionsunterrichts  
Christa Nickels 6

### Gemeinsames Zeugnis

Auf dem Weg zum Zweiten Ökumenischen Kirchentag  
Eckhard Nagel 8

### Aktives Bekenntnis gefragt

Millenniumsziele brauchen zivilgesellschaftliche Unterstützung  
Peter Weiß 9

### Treibhäuser der Zukunft

Ein Praxisbeispiel kirchlicher Schule  
Theodor Bolzenius 10

**Aus der Arbeit des ZdK** 12

## Ermutigung zum Engagement

### Katholiken im politischen Leben

**Zum Amtsantritt von Papst Benedikt XVI. ein Blick auf die "Lehrmäßigen Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben" vom 24. November 2002**

Als wir inmitten der Zehntausenden auf dem Petersplatz die Worte "Habemus Papam!" hörten, konnten wir nicht ahnen, dass mit Benedikt XVI. ein neuer Papst gewählt worden war, der noch in seiner alten Funktion als Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre das Engagement der Katholiken im politischen Leben ausdrücklich gewürdigt hat.

#### Dienst der Laien

Die "Lehrmäßigen Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben" vom 24. November 2002 bekräftigt und erläutert die Beschlüsse des II. Vatikanischen Konzils über den eigenverantwortlichen Dienst der Laien auf dem Boden des Glaubens und der Lehre der Kirche sowie in rechter Kenntnis der entsprechenden autonomen Sachverhalte. Wie das Konzil anerkennt die Note die sich daraus ergebende legitime Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten unter katholischen Laien in der Beurteilung und Ordnung irdischer Dinge. Schon bei ihrem Erscheinen haben wir die Erklärung begrüßt, heute darf dies mit Nachdruck bekräftigt werden.

#### Ethischer Relativierung entgegenzutreten

Im Text wird die Gefahr eines ethischen Pluralismus breit dargestellt, der zwar keine Bedingung von Demokratie ist, wohl aber ein Faktum, das sich aus der Notwendigkeit der geistigen und gesellschaftlichen Freiheit ergibt. Uns hat das Bewusstsein von dieser Gefahr seit jeher verpflichtet, in der geistigen Pluralität der freiheitlichen Demokratie jeder ethischen Relativierung entgegenzutreten und im ständigen öffentlichen Wertediskurs katholische Positionen entschieden zu vertreten.

#### Leben schützen

Kern des gesellschaftlichen Engagement katholischer Christen ist, so die Note zu Recht, das

richtige Verständnis der Person, die Achtung vor ihrer Würde und der Schutz ihrer Rechte. Wir Katholiken werden uns daher weiterhin für den Schutz des Lebens einsetzen, der in der konkreten Gesellschaft auch tatsächlich wirksam ist, und für den Schutz und den Rang von Ehe und Familie. Nach wie vor ist es wichtig, mit hoher Aufmerksamkeit alle Tendenzen zum Verbrauch von Embryonen für Zwecke der Therapie oder der Forschung sorgfältig zu beobachten und ihnen notfalls laut zu widersprechen. Die Achtung der Menschenwürde, die Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens und die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit fordern unser ganzes Engagement.

#### Öffentlichkeitsanspruch des Glaubens

Der Text widerspricht jedem privatistischen Verständnis christlicher Existenz: Der Staat, die Gesellschaft gehen uns an! Und er unterstreicht den Öffentlichkeitsanspruch des christlichen Glaubens: Wir haben eine Botschaft zu sagen, die zu einem zeichenhaften Leben in dieser realen Gesellschaft herausfordert, selbstbewusst, verantwortlich, im tiefen Sinne politisch. Auch wendet er sich gegen überzogene individualistische Selbstverwirklichung und persönlichen Erfolg als einzige Antriebskräfte der gesellschaftlichen Entwicklung: Mitmenschlichkeit, Solidarität, Streben nach Gerechtigkeit und Freiheit inspirieren die Christen auf dem Weg ihrer solidarischen Zeitgenossenschaft.

Schließlich beschreibt die Note sehr anschaulich den Unterschied zwischen einer Laizität, die einerseits die religiöse und die politische Sphäre nicht vermischt, zugleich aber am Recht und der Pflicht der Katholiken festhält, bei ihrem öffentlichen Handeln von den Werten und Wahrheiten des christlichen Glaubens auszugehen, und einem intoleranten Laizismus, der die religiösen Überzeugungen und ethischen Positionen der Christen aus der öffentlichen Entscheidungsfindung ausgrenzen will. Wie aktuell diese Überlegungen sind, zeigen viele aktuelle Debatten in unserem Land, aber auch in Europa.

Niemand weiß heute, worin der Schwerpunkt dieses neuen Pontifikats letztlich liegen wird. Es ist gut zu wissen, dass der große Theologe auf dem Stuhl Petri das Engagement der Katholiken in der Politik wertschätzt und würdigt.

*Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär des ZdK*

## Zukunftsthema mit Tradition

### Eigenständige Alterssicherung für Frauen

**Das Thema Rente steht auf der Tagesordnung, nicht nur weil wir Wahlkampf haben. Sowohl die Alterung unserer Gesellschaft wie auch die Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt stellen unsere sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen.**

Mit der Veranstaltung zur eigenständigen Alterssicherung für Frauen, zu der das ZdK Anfang Juni 2005 in die neuen Räume des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) in Berlin einlud, machte es deutlich, welche Erwartungen katholische Frauen und Männer bei diesem Thema an die Bundespolitik richten und damit an eine neue Bundesregierung, welcher Couleur auch immer. Eine zukunftsfähige Reform der Rentenversicherung muss unter Berücksichtigung von Lebensläufen und Lebensperspektiven von Frauen (und Männern), die wegen Familienarbeit in Erziehung und/oder Pflege keine durchgehende Erwerbsbiographie aufweisen können, zu einer eigenständigen Alterssicherung führen.

### Überholtes Leitbild

Die Ausgestaltung der Alterssicherung und damit die Entwicklung unseres Rentenversicherungssystems orientierte sich in der Vergangenheit an dem, was in den Nachkriegsjahren als gesellschaftliche Realität vorgefunden wurde und die rechtliche Norm prägte: an den Rollenzuschreibungen für Frauen und Männer, die dem Leitbild der Ernährerehe verpflichtet waren. Damals hatten Ehefrauen kaum die Freiheit, sich für Familie und Erwerbstätigkeit zu entscheiden. Wohl aber konnten sie in der Rentenversicherung "wählen". Weil mit der Versorgung durch den Ehemann die eigene Altersvorsorge in Augen der Zeitgenossen überflüssig geworden war, bestand die Wahl darin, die vor der Ehe eingezahlten Beiträge verfallen zu lassen, weil die Mindestbeitragsjahre nicht mehr zu erreichen waren, oder die "Heiratserstattung" in Anspruch zu nehmen, bei der die vor der Ehe in die Versicherung eingezahlten Beiträge zurückerstattet wurden.

### Neue Versicherungsbiographien

Diese "Wahlfreiheit" ist entfallen. Stattdessen weisen auch Frauen eigene Erwerbstätigkeit vor und damit immer längere Versicherungsbiographien, allerdings weiterhin unterbrochen durch Phasen der Kindererziehung und/ oder Pflege von

Familienangehörigen, geknickt durch Teilzeitarbeit und begrenzt durch verminderte Wiedereinstiegsoptionen. Vor diesem Hintergrund formulierte das ZdK seine Forderungen zur Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung für Frauen, die auf drei Kernforderungen basieren, die im Wesentlichen auch die Rentenreformvorschläge der katholischen Verbände beeinflusst haben:

- der eigene Aufbau von Rentenanwartschaften, um künftige Altersarmut zu vermeiden,
- die deutlich verbesserte Anerkennung von Zeiten der Familienarbeit in Erziehung und Pflege,
- der Einstieg in ein balanciertes Splitting- oder Teilhabemodell.

### Rentenanwertsplitting

Katholische Verbände haben sich seit Jahren für Weichenstellungen bei der Alterssicherung für Frauen stark gemacht, die verlässliche Verbesserungen bringen - gerade auch für jene Familien, die mehrere Kinder haben. Dabei sind Verbesserungen für Familienfrauen letztlich nur durch "Zugriffe auf die Versicherungskonten der Männer" finanzierbar, wie Professor Franz Ruland, Präsident des VDR, formulierte. Auch wenn sich die konkreten Schlussfolgerungen unterscheiden, sehen katholische Verbände, ZdK und Bischofskonferenz den einfachsten Weg zu solchen "zugreifenden Verbesserungen" in einem balancierten Rentenanwertschaftssplitting. Dieses gewährleistet die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an den gemeinsam in der Ehe erworbenen Anwartschaften. Ein solches Splitting ist "eigenständige" Alterssicherung, da es die Frauen nicht auf eine nachfolgende abgeleitete Hinterbliebenenrente verweist, sondern - unterstützt durch entsprechende Neuregelungen im Familienrecht - das Konzept der Ehe als Unterhaltsgemeinschaft durch die Vorstellung der Ehe als Teilhabegemeinschaft ersetzt. Was in Zukunft grundsätzlich für alle gelten soll, das gilt bereits seit 1977 im Fall der Scheidung, dass Rentenanwartschaften im so genannten Versorgungsausgleich geteilt werden.

Zweifel an der Durchsetzbarkeit der katholischen Vorschläge gab es auch bei der ZdK-Fachkonferenz. Doch über die reine Rentenrechenfrage hinaus geht es um mehr. Es ist auch zu klären, welches Eheverständnis und Familienleitbild das Sozialrecht in Zukunft prägen soll.

*Magdalena Bogner, Bundesvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) und Vizepräsidentin des ZdK*

## Partnerschaft als lebenslange Gestaltungsaufgabe

### Familienpolitische Herausforderungen zwischen Elternschaft und Partnerschaft

*Das Thema Familie ist in Bewegung geraten. Auffällig ist, dass die Debatte den Kreis der üblichen Verdächtigen verlassen hat. Neu ist, dass alle Parteien - und dort nicht mehr nur die Frauen - einen Modernisierungsbedarf ihres Familienverständnisses sehen; neu ist, dass auch die Repräsentanten der Wirtschaft sich weitaus stärker in Sachen Familie zu Wort melden und deren wirtschaftspolitische Bedeutung herausstellen; und neu ist, dass seit der deutschen Schmach von PISA und dem Beleg der weichenstellenden Rolle der Familie in Sachen Bildung unverkrampfter über das Zusammenspiel von privater und öffentlicher Bildung, Betreuung und Erziehung gesprochen wird.*

Es scheint fast so, als wären die ideologisierten Lagermentalitäten am Aufbrechen, als würde sich eine neue Bereitschaft abzeichnen, deren Ziel es ist, trotz veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen die Familie zu stärken.

### Spannungsfelder

Dazu hat nun das ZdK ein Papier erarbeitet. In der Erklärung "Partnerschaft und Elternschaft. Sieben Anforderungen an die Familienpolitik" werden zentrale Dimensionen herausgearbeitet. In meinen Augen sind darin mindestens vier wichtige Themenbereiche enthalten. Es geht dabei

- um die Frage nach dem Verhältnis von Familie und stabiler Partnerschaft (als Voraussetzung für Familie);
- um die Frage nach Familie und Elternschaft, also dem Binnenverhältnis von Familien bzw. der Frage nach den Generationsbeziehungen und -verstrebenungen, den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern;
- um die Frage nach Familie und öffentlicher Unterstützung, also nach der Familienpolitik und nach dem Nebeneinander, Miteinander und Gegeneinander der Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsanstrengungen in privater und öffentlicher Regie;

- und um die Frage nach dem Verhältnis von Familie und Beruf, von Familie und Wirtschaft bzw. Arbeitswelt.

### Von der Selbstverständlichkeit der Wahlmöglichkeit

Die Daten zeigen: Auch wenn Ehe und Partnerschaft in den meisten Biographien von Erwachsenen ein zentraler Lebensentwurf ist, so verzichtet heute - warum auch immer - ein großer werdender Teil der Bevölkerung auf Kinder, sind eigene Kinder nicht mehr automatischer Bestandteil der eigenen Lebensführung. Familie als Lebensform ist von einer Selbstverständlichkeit zu einer Wahlmöglichkeit geworden, deren Realisierung von beruflichen Karrieremotiven, eigener Zeitverwendung und zu erwartenden ökonomischen Belastungen ebenso beeinflusst werden kann wie von verlängerten Ausbildungszeiten, instabileren Partnerschaften und einer strukturell kinder- und familienfeindlichen Mentalität in Deutschland.

Wie also Eltern als Partner miteinander umgehen, wie sie ihr Leben jenseits der klassischen Rollenbilder in gemeinsamer Verantwortung gestalten können, wie sie ihre Beziehungen zu den Kindern aufbauen und die zentralen Aufgaben der Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern erfolgreich bewältigen können: das sind die zentralen Fragen einer zukunftsfähigen Familie, auf die Familienpolitik Antworten suchen muss.

Dass die Gesellschaft diese Aufgaben der Familie nicht abnehmen kann und will, dürfte unstrittig sein, wie auch das Grundgesetz neben dem besonderen Schutz der Ehe und Familie in Artikel 6 Absatz 2, die "Pflege und Erziehung der Kinder" als "das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht" definiert. Wie die Gesellschaft mit politischen Rahmenbedingungen Eltern und Familien in diesen vielfältigen Herausforderungen unterstützen kann, muss die zentrale familienpolitische Fragestellung sein.

### Sonderformen als Normalfall

Das ZdK betont die Bedeutung stabiler Partnerschaften sowohl mit Blick auf die Gründung einer Familie als auch in punkto Familienführung. Partnerschaften als Lebensform haben per se nichts an Attraktivität eingebüßt. So belegen Jugendstudien regelmäßig Partnerschaft als ein erstrebenswertes Lebensziel schon bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Auch sind Partnerschaften und Familie für die große Mehrheit der Bevölkerung das domi-

nante Lebensmuster. Das hat die Familiensoziologie in den letzten 15 Jahren immer wieder herausgestellt. Zugleich zeigt sich aber auch, dass sich Partnerschaften in den letzten 30 Jahren deutlich verändert haben, dass Beziehungsmuster und das ihnen zugrunde liegende Rollenverständnis neu und anders definiert werden, dass sie nicht per se unbefristet sind. Die Familienformen haben sich aus meiner Sicht gar nicht einmal so sehr "pluralisiert", also vervielfältigt, wie es oft heißt - Trennungen, Scheidungen, Ehen ohne Trauschein, Widerverheiratungen gab es schon immer -, verändert hat sich jedoch, dass diese einstigen Ausnahmen und "Sonderformen" immer selbstverständlicher geworden und bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen sind.

Um ein Beispiel zu nehmen: Zwar hat Westdeutschland, so die Daten des Statistischen Bundesamtes von 2003, mit 21% nicht-ehelich geborenen Kindern immer noch einer der niedrigsten Quoten in Europa (während, dies nur am Rande, in Ostdeutschland 2003 bereits 57% der Kinder nicht-ehelich geboren worden sind). Aber 1970 lag diese Quote im Westen einmal bei 5,5%, 1990 bei 10,5 und im Jahre 2000 bei 18,6%. Man sieht also, dass dieser Wert sich in den letzten 30 Jahren nicht nur vervierfacht, sondern sich die Entwicklung zugleich auch beschleunigt hat. Umgekehrt heißt es aber auch - dies sollte man nicht aus dem Auge verlieren, um nicht in allzu große politische Aufgeregtheiten zu verfallen -, dass die klassische Form der Ehegattenfamilie bislang im Westen der Republik keineswegs verschwunden oder auch nur in die Marginalität einer Nischenexistenz abgedriftet ist.

### **Familienbild im Wandel**

Dies alles macht die Frage von Familie und Partnerschaft jedoch heute voraussetzungsvoller als früher, sind doch die Lebensentwürfe und -ziele von Männern und Frauen in der Mehrheit zumeist längst nicht mehr mit dem klassischen Familienbild der "männlichen Ernährerfamilie" in Einklang zu bringen, an dem sich das deutsche Rechts- und Sozialsystem lange Zeit fast völlig ausgerichtet hat: "Der Mann geht arbeiten - und die Frau kümmert sich derweil um die Kinder". Die Pluralisierung der Lebenslagen geht insofern auch einher mit einer Pluralisierung von Lebensentwürfen, so dass in Partnerschaft und Familie heute ganz unterschiedliche Vorstellungen von Erwerbstätigkeit, Freizeitverhalten, Sexualität und auch Familienleben von Männern und Frauen zu integrieren

sind; und es geht einher mit einer Vielfalt an Anforderungen und Aufgaben mit Blick auf die eigene Lebensführung, bei denen ökonomische Sicherheiten, Sicherheit der Erwerbsarbeit und der Sozialbeziehungen nicht mehr fraglos gegeben sind.

Partnerschaften sind damit vielleicht mehr denn je zu einer lebenslangen Aufgabe und Herausforderung geworden; man muss sich immer wieder neu auf sie einlassen. Selbst, wenn dieses vielleicht befremdlich klingen mag: auch (Ehe)Partnerschaften müssen miteinander und immer wieder neu gestaltet und "erarbeitet" werden. Neben den Aufgaben der Sicherung der eigenen ökonomischen Grundlagen und der Integration in den Arbeitsmarkt - in der Regel beider Partner -, ist mithin die soziale Ausgestaltung einer Partnerschaft zu einer eigenständigen Aufgabe geworden.

### **Niederschwellige Unterstützungsformen**

Mit Blick auf den Zusammenhang von Partnerschaft und Elternschaft liegt in dieser Hinsicht eine eigene Problemschwelle. Am Beispiel des Übergangs von einer Paar- in eine Elternbeziehung konnte Professor Fthenakis in einer Studie im Jahre 2002 zeigen, dass die Familiengründung, also der Beginn der Elternschaft eine besondere Herausforderung für (Ehe)Paare darstellt. Neuer Alltag, neue Aufgaben, neue Definitionsmuster und neue Rollenverteilungen führen insbesondere nach der Geburt des ersten Kindes zu vielfältigen Unsicherheiten, Konflikten und Herausforderungen zwischen den Partnern. Dass Eltern diesen Schritt und diese Herausforderungen gemeinsam und in gegenseitiger Übereinstimmung bewältigen, ist eine vielleicht gar nicht mehr so selbstverständliche Aufgabe heutiger Partnerschaften. Daher erscheint mir auch die Einsicht, dass das Führen von Beziehungen bzw. die Beziehungskompetenzen im Bedarfsfall niederschwellige Unterstützungsformen benötigen, als ein wichtiger Hinweis in der ZdK-Erklärung. Die Bewältigung dieser ersten Familienphase als einer zugleich neuen Phase der Partnerschaft ist dabei gleichzeitig die beste Prävention gegen Verarmung, da Trennung und Scheidung in Verbindung mit kleinen Kindern oft mit zumindest zeitweiliger Verarmung einhergeht.

(Der Artikel ist eine gekürzte Fassung des Vortrags, den Professor Rauschenbach im Rahmen der Frühjahrsvollversammlung des ZdK gehalten hat. Er ist unter [www.zdk.de](http://www.zdk.de) abzurufen.)

*Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des deutschen Jugendinstituts München*

## **Autentizität ist unverzichtbar**

### **Zur Zukunft des Religionsunterrichts**

***Der Streit über die Einführung eines allgemein verbindlichen Wertekundeunterrichts im Land Berlin hat eine überfällige Debatte neu belebt: die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Religionsunterrichts in Deutschland.***

Nach den Auseinandersetzungen um LER 1994 war diese Debatte lange Zeit versandet und hat lediglich in den Landtagswahlkämpfen 1996 kurzfristig nochmals eine Rolle gespielt. Gerade vor dem Hintergrund der Finanznot der öffentlichen Kassen und angesichts der Tatsache, dass es künftig mehr anerkannte Religionsgemeinschaften geben wird, die das Recht auf Religionsunterricht haben, müssen auch die beiden großen christlichen Kirchen diese Debatte offensiv führen und dabei auch über eine wechselseitige Öffnung nachdenken.

### **Wertorientierung ist nötig**

Spätestens seit dem 11. September greift hierzulande die Erkenntnis Raum, dass es gut ist, wenn in Schulen ein wertebbezogener Unterricht erteilt wird, der Schülerinnen und Schüler miteinander ins Gespräch bringt und gerade durch die bewusste Auseinandersetzung mit den Wertorientierungen ihrer Umgebung vor Fundamentalisten jeglicher Art feilt. In Berlin wurde die sogenannte Bremer Klausel viele Jahre so ausgestaltet, dass es weder Ethik- noch Religionsunterricht als Pflichtfach gab, dafür aber diverse Träger Religionsunterricht oder Wertekunde auf eigene Verantwortung und ohne Einfluss der Schulbehörden auf den Lehrplan angeboten haben. Dass dies ein unbefriedigender Zustand war und die Bremer Klausel dringend mit Inhalt gefüllt werden muss, ist mittlerweile Konsens. In diesem Sinne ist der Beschluß des rot-roten Senats zu begrüßen, einen für alle Schüler und Schülerinnen verbindlichen Werteunterricht einzuführen.

### **Alternative Wahlpflichtfach**

Allerdings ist es völlig unverständlich, weshalb die Berliner Landesregierung zwar Ethikunterricht zum Pflichtfach machen, zugleich aber Religionsunterricht völlig außen vor lassen will, anstatt ihn

als Wahlmöglichkeit im Rahmen eines Wahlpflichtfachs anzubieten. Religionsunterricht wird damit bestenfalls Zaungast an Berliner Schulen, ein Privatvergnügen für die wenigen konfessionell gebundenen Schüler - und langfristig könnte er sogar ganz von den Schulen verschwinden, wenn die Berliner Kirchenleitungen sich nämlich entschließen, das offenbar von der Politik unerwünschte Fach dann konsequenterweise nur noch in den Pfarrgemeinden anzubieten.

Eine solche Entwicklung hätte allerdings fatale Konsequenzen. Das ist offenbar auch den als sehr kirchenfern eingeschätzten Berliner Bürgerinnen und Bürgern bewusst: Die Mehrheit von ihnen spricht sich mittlerweile dafür aus, den Schülern die verpflichtende Wahl zwischen Religion und einem konfessionsfreien Werteunterricht zu lassen. Die Zustimmung zu einem solchen Wahlpflichtfach überwiegt unter Anhängern sämtlicher Parteien: Die SPD/PDS-Koalition sowie die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, die den Plan der Koalition unterstützen, können sich damit also des Beifalls ihrer Wähler keineswegs sicher sein. Die gemeinsame Protestkampagne der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, des Erzbistums und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, die eine Wahlmöglichkeit unter gleichwertigen Angeboten fordert, haben mittlerweile mehr als 55 000 Menschen unterzeichnet.

### **Kein Mittel gegen Fundamentalismus**

Selbstverständlich spricht nichts gegen die Absicht, angesichts der fortschreitenden Pluralisierung und Säkularisierung der Gesellschaft all denjenigen Schülern, die sich nicht weltanschaulich oder konfessionell gebunden fühlen, einen guten und fundierten Werteunterricht zu geben, in dem sie die anderen Religionen, deren Weltanschauungen und auch die Grundwerte, die uns alle tragen, nämlich die Grund- und Menschenrechte, kennen lernen. Es ist aber ein Irrtum zu glauben, ein wissensvermittelnder Unterricht könne die authentische Werteorientierung, also den Unterricht durch Lehrende, die sich selbst zu einer bestimmten Religion bekennen, ersetzen.

Das gilt vor allem auch im Umgang mit dem Islam: Die verbindliche Wertekunde in Berlin wird nicht zuletzt deshalb eingeführt, um damit die als fundamentalistisch geltende Islamische Föderation aus

der Schule zu drängen, die sich das Recht auf Religionsunterricht gerichtlich erkämpft hat. Es ist aber zumindest naiv anzunehmen, gerade gläubige muslimische Eltern würden einen rein religionskundlichen und noch dazu einen vergleichenden Unterricht als Ersatz für islamischen Religionsunterricht anerkennen: Das Pflichtfach Wertekunde wird insofern die muslimischen Schülerinnen und Schüler zurück an die Koranschulen und Moscheen verweisen, wo der Staat keinerlei Einfluss darauf hat, ob die religiöse Unterweisung im Einklang mit dem Grundgesetz steht. Gerade im Sinne der Integration sollten wir es daher ermöglichen, dass Kinder verschiedenster Religionsgemeinschaften das Recht auf ein Pflichtfach an ihrer Schule erhalten, wo Religionsunterricht in Deutsch, auf dem Boden des Grundgesetzes und mit Curricula, die von der Schulbehörde in didaktisch-methodischer Hinsicht (und nicht etwa im Blick auf die Glaubensinhalte) begutachtet worden sind, stattfindet.

### **Dialog und Begegnung ermöglichen**

Nichtsdestotrotz halte ich es für richtig, Kinder auch ins Gespräch zu bringen über ihre jeweiligen Überzeugungen. Daher befürworte ich nach wie vor den Vorschlag, den Kardinal Georg Sterzinsky und Bischof Wolfgang Huber gemeinsam Anfang der 90er-Jahre im Zusammenhang mit dem erbitterten Streit um LER gemacht haben: einen Wahlpflichtfachbereich mit konfessionellem Unterricht und Ethikunterricht einzurichten, der aber bestimmte Unterrichtseinheiten vorsieht, wo alle Schülerinnen und Schüler integrativ unterrichtet werden. Eine solche Fächergruppe schafft die notwendige Offenheit für weitere religiös oder weltanschaulich bestimmte Fächer neben Ethik und dem konfessionellen Religionsunterricht.

Berlin ist, wie andere Großstädte auch, geprägt von einer Vielzahl von religiösen und kulturellen Einstellungen. Die Pluralität des Modells trägt dem Rechnung. Angesichts der unübersichtlich gewordenen religiösen und weltanschaulichen Bewegungen und vielfältigen Angebote der Lebensgestaltung muss Religionsunterricht vor allem religiös alphabetisieren.

Die Stärke des Modells liegt in der angestrebten Kooperation innerhalb der Fächergruppe. In den Phasen gemeinsamen Lernens können Gemein-

samkeiten und Verschiedenheiten religiöser und kultureller Traditionen erarbeitet werden. Dieses Verständnis fördert die Toleranz gegenüber anderen Anschauungen, eine soziale Kompetenz, die auch über das Unterrichtsfach hinaus von immenser Bedeutung ist.

Würde Berlin sich für ein solches Modell entscheiden, könnte es Vorbildcharakter für ganz Deutschland entfalten.

### **Zusammenarbeit erproben**

Ich werde den Verdacht nicht los, dass es bei der Berliner Entscheidung für ein Fach Wertekunde letztlich sehr viel weniger um jene viel bemühten Werte und sehr viel mehr um den schnöden Mammon geht. Weitere muslimische Träger werden die Bremer Klausel nutzen und demnächst ihren Anspruch auf die Erteilung von Religionsunterricht erheben, so wie es die Zeugen Jehovas nach einem aktuellen Gerichtsurteil heute bereits tun könnten. Ein Wahlpflichtfach Religion und Ethik als ordentliches Unterrichtsfach würde aber bedeuten, dass man die Religionslehrer der verschiedenen Bekenntnisse an den Universitäten ordentlich ausbilden und anschließend einstellen müsste. Das kostet Geld, und in Zeiten leerer öffentlicher Kassen kann ich sehr gut verstehen, dass da manchem himmelangst wird, wenn man bedenkt, dass womöglich an manchen Schulen zehn oder mehr Religions- und Ethiklehrer unterrichten müssten, um jedem Schüler Unterricht seines jeweiligen Bekenntnisses geben zu können.

Das ist kein Argument dagegen, den Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach einzuführen. Aber es ist sehr wohl ein Appell an die Kirchen und Religionsgemeinschaften, Ökumene im Blick auf Religionsunterricht erheblich weiter zu denken, als das bisher geschieht. Selbst wenn das große Modell einer gemeinsamen Fächergruppe erst mittelfristig umzusetzen ist, können im Rahmen des evangelischen und katholischen Religionsunterrichts schon jetzt konkrete Schritte der ökumenischen Zusammenarbeit modellhaft erprobt werden. In manchen Bundesländern hat ein solches Nachdenken auch endlich begonnen.

*Christa Nickels MdB,  
Mitglied im Hauptausschuss des ZdK*

## Gemeinsames Zeugnis

### Auf dem Weg zum 2. Ökumenischen Kirchentag

*In den zurückliegenden anderthalb Jahren haben der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) und das ZdK intensive Verhandlungen über die zukünftige Kooperation geführt. Dabei stand das Ziel fest, Ort und Zeitpunkt für einen zweiten Ökumenischen Kirchentag (ÖKT) zu finden und zu vereinbaren. Diese Suche war und ist von der Einsicht begleitet, dass nicht nur die Organisation eines Großereignisses als Aktivität der christlichen Laienbewegungen wahrgenommen werden sollte, sondern dass es um mehr geht, als in mäßigen Abständen große Zusammenkünfte zu organisieren.*

Ich bin der Meinung, dass nach dem ÖKT in Berlin alle Katholiken- und Kirchentage Anschluss an unsere ökumenische Zielsetzung haben. Mein Hinweis, der nächste ÖKT finde bereits in Hannover statt, war in diese Richtung gemeint. Nach Hannover bin ich um so mehr davon überzeugt, dass die selbstverantworteten Ereignisse Teilstrecke eines gemeinsamen Weges sind, auf den wir uns begeben wollen und der als zweiten gemeinsamen Zielpunkt nicht nur einen ÖKT im Jahr 2010 sondern auch einen Ökumenischen Kirchentagskongress haben soll.

### Mehr als ein zartes Pflänzchen

Die Zukunft der Christen und ihrer Laienbewegung liegt im gemeinsamen Zeugnis - nicht gegenüber, sondern inmitten der Welt. Wir werden dann deutlicher gehört, wenn wir unsere gemeinsamen Überzeugungen vertreten. Und wir können die Verantwortung, die uns aus dem Evangelium erwächst, wirksamer wahrnehmen, wenn wir gemeinsam sprechen. Es muss ja nicht immer mit einer Stimme sein. Aber dass wir überhaupt uns äußern, ist wichtig in einer Zeit, in der die Wahrnehmung von Glaubensinhalten im öffentlichen Bewusstsein wieder verstärkt erlebt wird. Deshalb ist uns der gemeinsame Prozess "Auf dem Weg zum zweiten Ökumenischen Kirchentag" unter dem vorläufigen Leitthema "Christ sein in der Gesellschaft - Christ sein für die Gesellschaft" so wichtig. Wir hoffen, dass eine ökumenische Bewegung entsteht, die sich in der Gesellschaft Gehör verschaffen kann. Zugleich dürfen wir uns

und andere allerdings nicht darüber hinwegtäuschen: Die Bäume der Gemeinschaft wachsen nicht in den ökumenischen Himmel. Aber was die christlichen Laienbewegungen angeht, sind sie inzwischen mehr als ein zartes Pflänzchen. Ein Windstoß entwirzelt sie nicht sofort.

### Mit Geduld begleiten

Die Erfahrungen vor dem ÖKT in Berlin haben deutlich gemacht, dass wir uns Fortschritte im Miteinander zwischen den Kirchen wünschen. Wir vertrauen darauf, dass die Kirchen gemeinsame Lösungen finden, zum Beispiel in der Frage des Abendmahls. Doch mir ist auch bewusst, dass die christlichen Laienorganisationen hier wenig Handlungsspielraum haben. Die Kirchen mit ihren Bischöfen und Synoden führen die Verhandlungen und treffen die Entscheidungen. Wir müssen gelassen abwarten, ob Bewegungen aufeinander zu möglich werden. Gerade auf unseren Kirchen- und Katholikentagen haben wir die Vertrauen weckende Erfahrung gemacht, dass uns, die Christinnen und Christen in allen Kirchen, viel mehr verbindet als trennt. So war es dann auch in Hannover. Wir haben die ökumenische Fackel ein Stück weiter getragen. Zur Einheit der Kirchen in ihrer großen Vielfalt gibt es keine Alternative.

### Einen Pilgerweg gestalten

Die Seele Europas braucht neben einer ordnenden Verfassung auch Gemeinschaft, die sich christlich als ökumenische Verbundenheit ausdrückt. Diese wollen wir gemeinsam mit unseren Schwestern und Brüdern vom Zentralkomitee auf dem Weg zum Zweiten Ökumenischen Kirchentag einüben. Der Zweite ÖKT 2010 in München wird einen nächsten Höhepunkt in den gemeinsamen Anstrengungen bilden. Er wird wichtige Orientierungspunkte setzen für die Verantwortung der Christen in Europa und der Welt. Ich sehe das große Bemühen, die kommenden Katholiken- und Kirchentage, als ökumenische Ereignisse zu gestalten. Vielleicht gelingt es uns. Bestimmte Zeichensetzungen könnten uns auf diesem Wege hilfreich sein: In Hannover haben wir besonders über das Pilgern nachgedacht und es praktiziert. Vielleicht gelingt es uns ja nach München hin einen Pilgerweg zu gestalten, der uns Ansporn und Chance zur vertieften Gemeinschaft sein würde.

*Prof. Dr. Dr. Eckhard Nagel, Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags (DEKT)*

## Aktives Bekenntnis gefragt

### Millenniumsziele brauchen zivilgesellschaftliche Unterstützung

**Mit dem Beschluss "Frieden braucht Entwicklung: Die Millenniumsentwicklungsziele verwirklichen!" hat die Frühjahrsvollversammlung des ZdK einen präzisen Forderungskatalog aufgestellt, um der großen Idee, international vereinbarte konkrete Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu realisieren, Nachdruck zu verleihen. Die Erklärung kommt zur rechten Zeit, denn alle Fachleute sind sich einig: 2005 wird das entscheidende Jahr für die Verwirklichung der Millenniumsziele (MDGs) der Vereinten Nationen. Es war eine großartige Leistung der Staats- und Regierungschefs, sich bei der UN-Sondergeneralversammlung im Jahr 2000 auf acht konkrete Entwicklungsziele zu verständigen. Diese Initiative darf nicht versanden, sie muss zu einem Erfolg geführt werden.**

Die MDGs und ihre Umsetzung sind kein Spezialthema für Insider. Es geht nicht um Detailspekte und Expertenwissen. Es geht um nichts weniger als um die Schaffung einer sichereren, wohlhabenderen und gerechteren Welt für alle. Das verpflichtet die reichen und die armen Länder gleichermaßen in ihrer gesamten politischen Verantwortung. Das ist der Gedanke der "globalen Entwicklungspartnerschaft", der im Ziel 8 zum Ausdruck kommt.

Fast ein Drittel der Umsetzungszeit ist schon abgelaufen. Aber der große Durchbruch bei der Bekämpfung von Armut und Hunger lässt auf sich warten. Wenn bis 2015 wirklich noch erreicht werden soll, was sich die Staats- und Regierungschefs beim Millenniumsgipfel feierlich versprochen haben, müssen wir uns sehr beeilen.

### Unbekannte Ziele

Die acht MDGs wurden bereits in der letzten Ausgabe der Salzkörner vorgestellt. Nicht nur das ZdK, auch viele andere Organisationen haben das Jahr 2005 mit seinen wichtigen und entscheidenden Terminen - dem G7/G8-Gipfel vom 6. bis 8. Juli in Gleneagles/Schottland und dem "Millennium+5-Gipfel" der Vereinten Nationen vom 14.-16. September in New York - zum Anlass genommen, die Staats- und Regierungschefs zur Einhaltung der gegebenen Versprechen zu ermah-

nen. Doch schaut man auf die große Mehrheit der Menschen der entwickelten Gesellschaften Europas, dann ist festzustellen, dass 88 Prozent der Europäer nach den offiziellen Zahlen von Eurobarometer noch nie etwas von den MDGs gehört haben. Fünf Jahre nach der Verabschiedung der 8 Millenniumsziele muss das stutzig machen.

### Unterstützung notwendig

Nur eine breit angelegte zivilgesellschaftliche Kampagne wird die Kraft aufbringen, die Regierungen in den Industrie- und Entwicklungsländern wirksam auf die Umsetzung der Ziele zu verpflichten. Die MDGs brauchen diese Legitimation und Unterstützung. Gleichzeitig wird damit deutlich: die Umsetzung der Millenniumsziele hängt nicht zuletzt vom Beitrag der Zivilgesellschaft ab.

Die Erklärung des ZdK darf daher nicht in den Aktenstränken abgeheftet werden. Jetzt muss mit ihr erst recht gearbeitet werden. Sie ist eine Grundlage dafür, dass man sich in jeder Pfarrgemeinde und in jedem Verband mit den MDGs beschäftigt. Und sie ist Anlass, jetzt auch konkrete Aktionen zu planen. Dafür gibt es gute Ansatzpunkte

### Beispiele

Das Bischöfliche Hilfswerk Misereor hat eine Unterschriftenaktion gestartet unter dem Motto "Aktion gegen Armut und Krankheit" ([www.misereor.de/aktionen\\_7186.php](http://www.misereor.de/aktionen_7186.php)). Kirchliche und nichtkirchliche Organisationen sowie etliche prominente Persönlichkeiten haben sich in der Aktion "Deine Stimme gegen Armut" zusammengeschlossen. Sie ist der deutsche Beitrag zum "Global Call to Action Against Poverty", einer internationalen Kampagne der Zivilgesellschaft, die sich mittlerweile in 60 Ländern für die Umsetzung der UN-Millenniumsziele stark macht ([www.deine-stimme-gegen-armut.de](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de)). Zentrale Elemente der Aktion sind eine Unterschriftensammlung und internationale Aktionstage ("White Band Days").

Nur wenn sich weltweit die Menschen aktiv zu den MDGs bekennen und sich gegenüber ihren Regierungen für die Einlösung der Versprechen einsetzen, haben Millionen armer Menschen eine Perspektive auf eine Zukunft in Würde. Die verbleibenden zehn Jahre zur Umsetzung der MDGs sind die größte Bewährungsprobe für die globale Solidarität.

*Peter Weiß MdB, entwicklungspolitischer Sprecher des ZdK*

## Treibhäuser der Zukunft

### Ein Praxisbeispiel

**Artikel 7.4 des Grundgesetzes (GG) gewährleistet das Recht zur Errichtung privater Schulen. Es hat - nach den Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Regime - bewusst diese Chance einer vom Staat unabhängigen Erziehung und Bildung junger Menschen eröffnet. Katholische Schulen nutzen diese Chance. Sie tragen christliches Leben und christliche Werte in eine immer säkularere Welt und gestalten Lernorte zu Orten der Orientierung. Die Bodensee-Schule St. Martin Friedrichshafen ([www.bodensee-schule.de](http://www.bodensee-schule.de)) ist ein exzellenter Beleg dafür, warum katholische Schulen ihrer Kirche wichtig bleiben sollten.**

Auf Initiative interessierter Eltern wurde die Bodensee-Schule St. Martin als Angebot für Eltern gegründet, die eine Erziehung und Bildung bejahen, die auf einem christlichen Menschenbild basieren. Träger ist das "Freie Katholische Schulwerk Friedrichshafen e.V.", das dem Landesverband "Katholisches Schulwerk in der Diözese Rottenburg-Stuttgart e.V." angeschlossen ist. Finanziert wird die staatlich anerkannte Grund- und Hauptschule mit Werkrealschulabschluss vom Land Baden-Württemberg, der Diözese Rottenburg-Stuttgart und durch Erhebung eines geringen Schulgeldes.

### Marchtaler Plan

Grundlage des Schulkonzeptes der Bodensee-Schule ist seit über zwanzig Jahren der Marchtaler Plan (siehe [www.schulstiftung.de](http://www.schulstiftung.de)). Er wurde als Erziehungs- und Bildungsplan für die katholischen Freien Grund- und Hauptschulen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart entwickelt. In diesem Plan sind die Inhalte der staatlichen Lehrpläne als Bildungsgut voll eingebracht. Ziel ist es, dem Heranwachsenden die Inhalte im Sinnhorizont der Offenbarung und des Glaubens der Kirche und den "daraus resultierenden Glaubens- und Wertvorstellungen über den Menschen, dessen Ziel und Aufgaben, dessen soziale und berufliche Verantwortung in Familie, Kirche und Gesellschaft" zu erschließen. Vier Strukturelemente sind es, die diesem Plan und den mit ihm arbeitenden Schulen ihr typisches Gepräge verleihen: Der Morgenkreis, die Freie Stillarbeit, der Fachunterricht, der Vernetzte Unterricht.

Neben der Orientierung an dem Marchtaler Plan sind es zwei weitere Elemente, die die Bodensee-Schule zu einer besonderen Schule machen. In der Grundschule werden die Schüler in so genannten -jahrgangsgemischten - Familienklassen unterrichtet. Von der dritten bis zur zehnten Klasse ist sie eine Ganztagschule in gebundener Form mit Mittagessen und Mittagsfreizeit, mit Handwerksgruppen, Freizeitgruppen und Arbeitsgemeinschaften.

### Familienklassen

Immer zwei Jahrgänge bilden eine Familienklasse: Erstklässler mit Drittklässlern und Zweitklässler mit Viertklässlern. Auf diese Weise soll das von vielen Reformpädagogen bevorzugte System des Kindergartens konsequent fortgeführt und an die Form einer vierjährigen Grundschule angepasst werden. Für alle Kinder wird gewährleistet, dass sie vier Jahre in einer Klassengemeinschaft mit einem Klassenleiter verbleiben. Die Altersmischung soll die Zusammenarbeit zwischen den Kindern ermöglichen und fördern. Kinder der Familienklassen leben immer in einer Arbeitsgemeinschaft.

### Ganztagschule

Eine radikal andere Form von Schule verlangt auch eine andere Organisationsstruktur, sagen die Träger der Bodensee-Schule, vor allem mehr Zeit, mehr Schulstunden. Deshalb verbringen die Schüler dort von der dritten Klasse an die Zeit von 8.00 - 15.45 Uhr. Damit in Friedrichshafen die Ganztagschule nicht einfach zu einer verlängerten Halbtagschule wird, werden die oben genannten Strukturelemente des Marchtaler Plans ergänzt um Mittagsfreizeit, die Freizeiterziehung und die Handwerkserziehung. Die Ganztagschule soll vor allem die sozialetische Erziehung und Bildung unterstützen. Auf diese Weise, so die Vorstellung, können junge Menschen die Sozialprinzipien ganz praktisch erleben und nachvollziehen. Morgen- und Abschlusskreis

Morgen- und Abschlusskreis sind in der Bodensee-Schule feste Rituale, die Schülern und Lehrern Orientierungshilfe geben sollen. Sie gehören zur Schulkultur. Der Morgenkreis eröffnet die Schulwoche. Er soll den Wochenbeginn als Geschenk und Aufgabe kennzeichnen. Elemente des Morgenkreises sind Anschauung und Besinnung, Hören, Fühlen, Schmecken, Riechen, Still werden. Der Morgenkreis ergänzt die üblichen schulischen Lernprozesse um assoziatives, intuitives, kreatives Schauen. Er soll eine Wechselwirkung erzielen zwischen dem sinnhaften Tun und der inneren

Verfasstheit. Er soll deutlich machen, dass der Mensch eine Einheit ist von Leib, Geist und Seele. Hier ist auch ein Ansatzpunkt für die religiöse Erziehung. Das ergänzende Gegenstück zum Morgenkreis ist der Abschlusskreis am Wochenende. Hier wird rückblickend auf die vergangene Woche reflektiert, eventuell Atmosphäre bereinigt und gedankt für die gemeinsame Zeit

## **Freie Stillarbeit**

Ein weiteres Element einer radikal anderen Schule ist die Freie Stillarbeit. Sie ist die Form schulischen Arbeitens, die die Individualität des Kindes in die Mitte des pädagogischen Bemühens stellen soll. In der Freien Stillarbeit wählt das Kind täglich neu sein Arbeitsvorhaben aus einer durch den Lehrer vorbereiteten Umgebung aus. Der Klassenraum ist dabei in Arbeitsbereiche gegliedert, in denen der Lehrer Materialien bereitstellt. Länge der Arbeitsvorgänge, deren Umfang und die Partner, die mitarbeiten, legen die Kinder unter Anleitung selber fest. Lernen wird so organisiert, dass es nicht zum Wettstreit sondern zum sozialen Miteinander wird.

## **Vernetzter Unterricht**

Die Lerninhalte werden in einem Vernetzten Unterricht vermittelt, der die herkömmliche Gliederung nach Fächern überschreitet. Diese Unterrichtsform soll die Sachen so darstellen, dass die ihnen inne wohnenden Aspekte fächerübergreifend zum Tragen kommen. Dabei werden ihre religiöse, ethische, personale und soziale Bedeutung in die zu behandelnden Unterrichtseinheiten integriert. Nach dem Machtaler Plan werden folgende Fächer vernetzt: Primarstufe: Religionslehre, Heimat- und Sachunterricht; Sekundarstufe I: Religionslehre, Geschichte/Gemeinschaftskunde, Wirtschaftslehre/Informatik, Erdkunde, Physik, Chemie/Biologie. Die Inhalte des Faches Deutsch werden vom Lehrer grundsätzlich mit den Unterrichtseinheiten vernetzt. Die Fächer Bildende Kunst, Musik, Sport, textiles Werken, Hauswirtschaft und Technik werden nach Bedarf einbezogen. Die Mathematik ist in der Regel der Freien Stillarbeit zugeordnet.

## **Der Fachunterricht**

Der weitgehende Verzicht auf die herkömmliche Gliederung der Unterrichtsstoffe nach Fächern bedeutet nicht die Preisgabe von Spezialwissen. Von der Planungsseite her ist beabsichtigt, den

Fachlehrer der Klasse in die Freie Stillarbeit zusätzlich einzubeziehen, um auch als zweite Fachkraft den Klassenlehrer zu ergänzen.

## **Mittagsfreizeit**

Die von den Kindern sehr geschätzte freie Zeit über den Mittag verbindet den schulischen Morgen mit dem Nachmittag. Die Mittagsfreizeit umfasst das Mittagessen und eine Mittagspause, in der von Offenen Klassen und den Stützpunkten im Schulgebäude und dem Außengelände Gebrauch gemacht werden kann. Die katholische Schule legt den Akzent auf das gemeinsame Mahlhalten als ein Konstitutivum von Gemeinschaft mit hohem symbolischem Wert. In der Regel isst der Klassenleiter mit seinen Schülern immer am selben Tisch. Zu Beginn wird ein Tischgebet gesprochen. An manchen Tagen ist der Klassenraum auch in der Mittagszeit geöffnet. Dann steht der Klassenleiter für Gespräch und sachliche Nachfragen zur Verfügung. Möchten die Kinder oder eine Gruppe ein bestimmtes Programm angehen, so stehen ihnen neben den Lehrern und Erzieherinnen auch Betreuerinnen in so genannten Stützpunkten zur Verfügung. Die Betreuerinnen sind "Mittagsmütter" die Aufsichtsfunktionen wahrnehmen, aber auch Ansprechpartner für die Kinder sind.

## **Handwerkserziehung**

Das handwerkliche Tun nimmt an der Bodensee-Schule einen hohen Stellenwert ein. Körperliches und geistliches Tun sollen als eine Einheit erfahren werden. So werden u.a. angeboten: Tonarbeit, Drucken, Papierarbeit, textiles Arbeiten, Bauen, Holzarbeit, Metallarbeit, Buchbinden. Diese praktischen Arbeiten werden ergänzt durch Praktika im sozialen Bereich.

Weitere Elemente des Bildungs- und Erziehungskonzeptes der Bodensee-Schule sind die Freizeit-erziehung, Epochenunterricht, Jahresarbeiten, Projektprüfungen sowie ein ausgefeiltes Angebot außerschulischer Veranstaltungen.

*Theodor Bolzenius, Pressesprecher des ZdK*

Der ständige Arbeitskreis im Sachbereich "Kulturpolitische Grundfragen" hat im März 2005 ein Argumentationspapier "Katholische Schulen - sichern und profilieren" erarbeitet, das im Generalsekretariat des ZdK bestellt werden kann.

### **Pflegeversicherung**

Die Reform der Pflegeversicherung kann nach Ansicht des ZdK nur im Zusammenhang mit der Debatte über die Zukunft des Gesundheitswesens diskutiert werden. Eine Verdrängung der Pflegeproblematik aus den Reformüberlegungen im Gesundheitswesen sei mit der aus christlicher Ethik gebotenen ganzheitlichen Betrachtung des hilfsbedürftigen kranken Menschen nicht vereinbar, betonte ZdK-Präsident, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, vor dem Hauptausschuss des Zentralkomitees.

Ausdrücklich begrüßte Meyer das im Juni veröffentlichte Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen. In dem 130 Seiten starken Kapitel über Schnittstellen zwischen Krankenversicherung und Pflegeversicherung hebt dieses Gutachten deutlich hervor, wie schwierig die Unterscheidung zwischen Krankenbehandlungs- und Pflegebedürftigkeit ist. Ausdrücklich wird auf Abstimmungsprobleme und Fehlleistungen bei der Zuordnung der Kosten zu Pflegeversicherung und Krankenkasse verwiesen.

Das ZdK forderte bei der anstehenden Weiterentwicklung der Systeme sozialer Sicherung diese Schnittstellenproblematik in den Mittelpunkt zu rücken, um Versorgungslücken zu schließen und Zuständigkeitsstreitigkeiten zu beenden. Dabei müsse gerade bei der Pflege die Anreize zur Förderung eigenverantwortlichen Lebensgestaltung pflegebedürftiger Menschen gestärkt werden.

Ähnlich wie das Gutachten des Sachverständigenrates sieht das ZdK neben der Finanzierungsgrundlage und der Entwicklung einer bedürfnisgerechten Pflege vor allem Herausforderungen beim Abbau von Unterversorgung bei Demenzerkrankten, Behinderten, Schwerkranken und Sterbenden.

### **ZdK-Hauptausschuss diskutiert Hartz-Gesetze**

Unter der Überschrift "Arbeitsmarktrisiken und Job-Motoren" hat sich der Hauptausschuss des ZdK in seiner Junisitzung mit den Hartz-Gesetzen und ihrer Umsetzung beschäftigt.

Peter Clever, alternierender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit und bis vor wenigen Jahren Berater des ZdK im

Bereich wirtschaftlicher Grundfragen, berichtete über den Stand der Arbeitsmarktreformen. Eine grundsätzlich richtige Reform - die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe - laufe Gefahr, durch eine vom Gesetzgeber aufgezwungene falsche Administrationsentscheidung in die Sackgasse zu geraten. Der im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gefundene Kompromiss über die gemeinsame Zuständigkeit von Bundesagentur und Kommunen in den Arbeitsgemeinschaften erinnere ihn an die Volksweisheit "In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den sicheren Tod." Die Entscheidung des Vermittlungsausschusses bedeute die organisierte Verantwortungslosigkeit, die durch klare Zuständigkeitsentscheidungen schnellstens beendet werden müsse.

Clever plädierte dafür, den Fürsorgebereich - die Betreuung der Personen, die keine Versicherungsleistung von der Bundesagentur mehr erhalten - und den Versicherungsbereich - die Betreuung der Empfänger von Arbeitslosengeld (I) - deutlich voneinander zu lösen. Dabei gehöre es zur Ehrlichkeit, die steuerfinanzierte Transferleistung für Langzeitarbeitslose zukünftig nicht mehr "Arbeitslosengeld II" zu nennen. Der Begriff suggeriere eine Verwandtschaft zum Arbeitslosengeld, die in keiner Weise bestehe, da das Arbeitslosengeld II ja keine Versicherungsleistung und daher nicht am früheren Lohn orientiert, sondern steuerfinanziert und am Bedarf orientiert sei.

Kritisch äußerte sich Clever zum Kinderzuschlag, der die materielle Situation der betroffenen Familien meist nicht verbessere. Der Kinderzuschlag sei ein "Etikettenschwindel".

Von Seiten der Mitglieder des Hauptausschusses wurden in der anschließenden Diskussion viele Fragen angesprochen, bei denen aus Sicht des ZdK Korrekturbedarf besteht. Die Ausgestaltung der Anspruchsberechtigung der "Bedarfsgemeinschaften" sei grundsätzlich ungenügend, da sie ökonomische Anreize schaffe, bestehende Partnerschaften zu lösen, kritisierte Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des ZdK. Gaby Hagmans, Generalsekretärin des Sozialdienstes katholischer Frauen, hob Nachteile für Frauen hervor, die nach Jahren der Kindererziehung wieder in ihren Beruf einsteigen wollten und nach geltender Rechtslage keinen Anspruch auf Wiedereingliederungshilfen haben.